

Dringlichkeitsantrag 1

zum Plenum als Nr. 1

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Johannes Hintersberger, Dr. Gerhard Hopp, Manfred Ländner, Petra Guttenberger, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Andreas Lorenz, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Josef Schmid, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Georg Winter, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)**

Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die von der Bundesregierung am 14. Juni 2023 vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie so weiterentwickelt wird, dass sie auch tatsächlich einen Mehrwert für die Sicherheit für und in Deutschland bietet.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich dabei insbesondere dafür einzusetzen, dass eine Nationale Sicherheitsstrategie

- nicht nur die vielen Herausforderungen für die nationale Sicherheit aufzählt, sondern auch konkrete Ansatzpunkte, Handlungsweisen sowie Konzepte und Strategien aufzeigt und diese angemessen und nachhaltig mit finanziellen Ressourcen unterlegt.
- Äußere und Innere Sicherheit stärker zusammendenkt und dabei die Länder unter Wahrung ihrer originären Kompetenzen beteiligt. Dazu bedarf es im Sinne einer tatsächlichen, ebenenübergreifenden Sicherheit einer verbesserten Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen an den verfassungsmäßigen Berührungspunkten etwa im Katastrophenschutz, bei der gesamtstaatlichen Resilienz und im Bereich der Cybersicherheit, ohne in zentralistischem Ansatz gewachsene Strukturen und Entscheidungskompetenzen vor Ort zu schwächen.
- einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt einrichtet, der die deutsche Sicherheitspolitik ressortübergreifend und unter unmittelbarer Einbindung der Länder zur abgestimmten Abwehr von Bedrohungen der Inneren und Äußeren Sicherheit koordiniert.

- konkrete Beiträge zur Umsetzung der beabsichtigten „Zeitenwende“ in der Verteidigungspolitik leistet. Dazu gehört auch, dass das Zwei-Prozent-Ziel der NATO dort als Untergrenze notwendiger Verteidigungsausgaben klar verankert und zur Grundlage für die Aufstellung des Bundeshaushaltes mit einem zeitnah und langjährig verlässlich steigenden Wehretat wird, der langfristige Planungssicherheit für Bundeswehr und Wehrindustrie schafft. Dabei ist der Erhalt der leistungsfähigen und technologisch führenden wehrtechnischen Industrie in Deutschland und insbesondere in Bayern eine zentrale Voraussetzung für eine souveräne Verteidigungsfähigkeit.
- einen klaren sicherheitspolitischen Kurs zeichnet, der sich an den Interessen Deutschlands und Europas ausrichtet und auch den Partnern in der Welt ein eindeutiges Signal der Verlässlichkeit sendet. Im Zuge dessen sieht der Landtag die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Konzert der Staaten nicht in der Beobachterrolle an der Seitenlinie, sondern spricht sich für eine aktive Rolle aus, die der Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft entspricht.

Begründung:

Am 14. Juni 2023 hat die Bundesregierung eine Nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt, wie sie in vielen anderen Staaten bereits seit vielen Jahren ein selbstverständliches Instrument zur konzeptionellen Weiterentwicklung und Koordination von Sicherheitspolitik ist.

Unverständlich ist, wieso sie eine Nationale Sicherheitsstrategie vorlegt, die ohne Einbindung der Länder und Kommunen erstellt wurde, die bei der Inneren Sicherheit in vielen Bereichen originär zuständig sind (z. B. Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst). Obgleich die Länder dies mehrfach nachdrücklich eingefordert haben, hat die Bundesregierung im Alleingang ein Papier vorgelegt, das ein Programm für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge sein soll. Dieser Verzicht auf die Fachexpertise der Länder geht nun erkennbar zulasten guter Ergebnisse und verschwendet wertvolle Zeit – genauso wie beim angekündigten Neustart im Bevölkerungsschutz durch die Bundesinnenministerin, der bis heute ausbleibt.

Das Papier bleibt konkrete Handlungsstrategien weitestgehend schuldig, genauso wie eine konkrete, geschweige denn ausreichende oder nachhaltige finanzielle Grundlage für Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie.